

Pein, aber selbst dann rafften sich einige wieder zusammen und stellten sich freiwillig von neuem. In schwierigsten Augenblicken brach oft überwältigend das Verlangen hervor, dem Heiland in seinem Leiden und Sterben ganz nahe zu sein. Wie nötig wäre der hl. Ignatius seiner Herde in Antiochien gewesen! Allein er beschwört die Christen in Rom, doch nichts zu seiner Befreiung zu unternehmen, er fürchtet ihren Erfolg.

Wenn wir alles getan haben, um für uns und andere das übernatürliche Erbe des Heilandes sicherzustellen, dann müssen wir über christliche Organisation und Apologetik hinaus auf diese Christusliebe verweisen, der alles den Ursprung dankt, und auf die schließlich und letztthin alles hinausmündet.

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Daß die Religion in Rußland trotz schwerster Verluste noch keineswegs völlig machtlos ist, beweist schon die Aufstellung eines „antireligiösen Fünfjahrplanes“, der erst 1937 mit allem Kirchentum fertig zu sein hofft. Auch der zur Massenverbreitung unter dem Landvolk bestimmte Abreißkalender des Staatsverlages rechnet offenbar mit Lesern, die noch unter dem Einfluß der Popen stehen. Denn unter seine Belehrungen über Ackerbau, Gesundheitspflege und Fortschritt der Sozialisierung mischt er immer wieder ebenso einfach geschriebene Artikel, die den Widersinn und die Nutzlosigkeit der Religion zeigen sollen. Auf dem Blatte vom 1. November 1932 wurde sogar in kürzester Form eine technische Erlösungslehre vermittelt: „Der Traktor ist der unversöhnliche Feind nicht nur der Not, sondern auch der Unwissenheit.“ Mit ihm kommen Industriearbeiter ins Dorf, die ganze Tätigkeit stellt sich um, die Frauen treten in gleiche Reihe mit den Männern, Parteizellen, Jugendgruppen und Gottlosenvereine werden gegründet, Unterricht im Lesen und Schreiben wird erteilt, Kino, Radio und Zeitung erschließen die Welt, Schmutz, Krankheit und Trunksucht werden seltener, die religiösen Feiertage geraten in Vergessenheit — und für all das Glück dieses neuen Lebens hat der Traktor Zeit und Verständnis gebracht. Dennoch wollen sehr viele neben den neuen Fortschritten die alte Religion nicht missen. Aus zuverlässigen Quellen berichtet die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ (11. November 1932, Sp. 1102) von geheimen religiösen Gruppen, die im Kaukasus ganze Kollektivwirtschaften umfassen, aber auch in andern Teilen Rußlands, namentlich bei den Frauen und selbst unter der Jugend, zahlreiche Anhänger gewinnen. Ja, in einer Sitzung des Politbüros stellte der Kriegskommissar Woroschilow nach „persönlichen Beobachtungen und den Mitteilungen der Kommandeure“ fest, daß es unter den Rotsoldaten außerordentlich viele religiöse Kommunisten gibt, in Moskau etwa vierzig unter hundert und anderswo manchmal noch mehr, bis zu siebenzig unter hundert!

Kaum weniger hart als in Rußland scheint der Kampf der Religion um ihren Bestand in Mexiko zu werden, wo z. B. der Staat Michoacán nur einen Priester für je 33 000 Katholiken duldet, der Staat Chihuahua nur einen für je 45 000, der Staat Veracruz gar nur einen für je 100 000, wo die Regierungen zahlreiche Kirchen und Seminarien in Beschlag nehmen und wo in Presse und Schule unaufhörlich gegen katholische Lehren und Einrichtungen gehetzt wird. Der Papst nimmt zu diesen Vorgängen in seinem Rundschreiben „*Acerba animi*“ vom 29. September 1932 eine andere Haltung ein als im Jahre 1926, weil die damals zum Ausdruck des Widerspruchs gegen die kirchenfeindlichen Gesetze von den Bischöfen mit römischer Zustimmung verfügte Einstellung des gesamten öffentlichen Gottesdienstes sich auf die Dauer als unwirksam und sogar als schädlich erwiesen hat („*Acta Apostolicae Sedis*“, 1. Oktober 1932, S. 327—329). Jetzt erhebt der Papst gegen die nach kurzen Friedenshoffnungen schärfer wiederkehrende Verfolgung ebenso entschieden Einspruch, aber er befiehlt, im Rahmen der an sich ungerechten Gesetze von den Möglichkeiten der Seelsorge jeden Gebrauch zu machen, um noch größeres Unheil für die Religion zu verhüten. — Solche Vorkommnisse in einem „fast ganz katholischen“ Volke zwingen die Katholiken aller Länder zu einer Gewissensforschung, die der Herausgeber der englischen Jesuitenzeitschrift „*The Month*“ (Dezember 1932) in zwei Sätzen seines Leitartikels über die „schlafende Kirche“ anregt: „Gott verhüte, daß die Katholiken dieses freien Landes nicht vollstes Mitgefühl für die in Spanien oder Mexiko oder sonstwo verfolgte Kirche empfinden“ (S. 484), aber „die katholische Niederlage in Mexiko und Spanien hämmert uns ein, was die schlafende Kirche von ihren nie schlafenden Feinden zu erwarten hat“ (S. 482). — Vgl. diese Zeitschrift November 1932, S. 73 ff. u. 93 ff.

Da schwebende gesetzgeberische Pläne Wachsamkeit den deutschen Katholiken besonders auf dem Gebiete der Schule zur dringenden Pflicht machen, erwirbt sich die Katholische Schulorganisation durch das von Paul Westhoff und andern katholischen Juristen und Parlamentariern verfaßte Sammelwerk „*Verfassungsrecht der deutschen Schule*“ (Düsseldorf 1932, Pädagogischer Verlag) ein hervorragendes Verdienst. Die heftig umstrittenen Schulparagraphen der Weimarer Verfassung werden hier unter Berücksichtigung der reichen Fachliteratur und der Eigenart der Länder geschichtlich wie grundsätzlich nach allen Seiten klar erörtert.

Gegen allzu weite Ausdehnung wehrpolitischer Einwirkung der deutschen Reichsregierung auf die schulentlassene Jugend suchte sich die Reichsführerschaft des „Katholischen Jungmännerverbandes“ durch eine sorgfältig beratene und in geheimer Abstimmung mit 67 Stimmen gegen 7 bei 5 Stimmenthaltungen angenommene EntschlieÙung zu sichern, in der zwar die „Erziehung deutscher Jugend zur Mannhaftigkeit und Wehrhaftigkeit“ als „Recht des Staates“ anerkannt, aber der vom staatlichen Reichskuratorium gewählte Weg mißbilligt wird. Der katholische Vertreter im Reichskuratorium müsse namentlich die Erziehungsfreiheit der katholischen Verbände und den Friedensgedanken verteidigen. „Es

darf“, heißt es wörtlich, „durch die geplanten Maßnahmen nicht entgegen der Friedenserziehung und Friedenshaltung, die wir aus religiösen und nationalen Gründen für geboten erachten, ein neuer Militarismus und neuer Kriegsgeist irgendwie in deutscher Jugend gezüchtet werden“ („Jungführer“ 1932, Heft 4, S. 108). — Vgl. diese Zeitschrift Oktober 1932, S. 13 ff.; November 1932, S. 82 ff. u. 103 ff.; Dezember 1932, S. 153 ff.

Als eine sittliche Gefahr für das ganze Volk hat sich das Überhandnehmen gewisser Leihbibliotheken erwiesen. Sowohl der „Verein Deutscher Bibliothekare“ und der „Verband Deutscher Volksbibliothekare“ („Die Neue Literatur“, Oktober 1932, S. 483) wie die Medizinische Fakultät in Hamburg („Anzeiger für die katholische Geistlichkeit Deutschlands“, Dezember 1932) haben nachdrücklich davor gewarnt. In Hamburg allein sind nach polizeilicher Mitteilung fast hundert Buchhandlungen durch ihre Schaufenster und oft auch durch ihre Firmenschilder als „Sexual-Leihbibliothek“ erkennbar; außerdem ist Schmutzliteratur noch in ungefähr siebenhundert andern Läden zu haben. Alle diese Leihbibliotheken werden in der Regel nicht von geschulten Buchhändlern, sondern von arbeitslosen Autoschlossern, bankrotten Juwelieren, Zigarrenhändlern usw. betrieben. Da die bisherigen gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen sich als wirkungslos erwiesen haben, wird aus Kreisen des Jugendschutzes gefordert, Buchläden und Leihbibliotheken als konzessionspflichtige Gewerbe zu erklären und den Inhabern, die sich an die Sittlichkeitsvorschriften nicht halten, die Genehmigung zu entziehen.

Die „Weltliga für Sexualreform auf wissenschaftlicher Grundlage“, die in Berlin und Wien eigene Institute für Sexualwissenschaft leitet, hielt Ende September 1932 in der Brünner Universität unter dem Vorsitz von Dr. Magnus Hirschfeld ihren fünften internationalen Kongreß. Die zahlreichen Referenten aus allen Weltteilen hatten nach einem Berichte der „Caritas“ (November 1932, S. 565 f.) durchschnittlich nur hundert Zuhörer, meistens Juden und viel Jugend. „Man sprach sich offen und unzweideutig dahin aus, daß die ganze sexuelle Frage mit der Religion, namentlich mit der katholischen, nichts zu tun habe.“ Ebenso unwissenschaftlich wie das bequeme Verfahren, „einen für das Menschenleben so wichtigen Faktor wie die Religion“ von der Erörterung auszuschließen, sei die Form vieler Referate gewesen.

II.

Gegen Vernachlässigung religiöser Rücksichten in modernen Werken christlicher Kunst wandte sich der Papst in einer Ansprache bei der Einweihung der neuen Vatikanischen Pinakothek („Osservatore Romano“, 28. Oktober 1932, Nr. 252). Die für das Haus Gottes und des Gebetes bestimmte Kunst müsse den im Gesetzbuch des Kanonischen Rechts niedergelegten Bestimmungen entsprechen. Neuheit allein sei keine Rechtfertigung, willkommen aber sei „jede gute und fortschrittliche Entwicklung der guten und ehrwürdigen Überlieferungen“, die im Laufe der christlichen Jahrhunderte bei den verschiedensten Völkern eine so unermessliche Kraft bewiesen hätten, gläubige Künstler zu „neuen und schönen Formen“ an-

zuregen. Im selben Sinne hatte sich kurz vorher die Fuldaer Bischofskonferenz auf den Kanon 1164 des Kirchenrechts berufen, der bei Kirchenbauten Beachtung der überlieferten Formen, des religiösen Charakters und des Urteils von Sachverständigen zur Pflicht mache, aber keineswegs verlange, „daß mustergültige Werke der Vorzeit einfach imitiert werden“. Im Gegenteil hat, wie man aus einem vom Apostolischen Delegaten für China veranlaßten Sonderheft der amtlichen Pekinger Synodalmittelungen sieht („Germania“, 2. Oktober 1932, Nr. 274), die päpstliche Kongregation der Propaganda im Jahre 1922 an alle Missionsobern geschrieben, „daß man bei Bau und Ausschmückung von Kirchen und Missionarswohnungen soviel wie möglich den lokalen Kunststil anwende“. Der Delegat erneuert dieses Gesetz, warnt vor verständnisloser Übertragung romanischer oder gotischer Formen in chinesische Landschaften und stellt angesichts der jetzigen „Wiedergeburt nationaler Kunst in China“ die Aufgabe, „einen neuen Kirchenstil zu schaffen, der vollständig christlich und vollkommen chinesisch ist“. — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1932, S. 46 ff.; Dezember 1932, S. 183 ff.

Einen sehr bemerkenswerten Versuch, katholische Grundgedanken durch indische Philosophie zu unterbauen, legt der belgische Jesuit Pierre Johannis in seinem Buche „Vers le Christ par le Vedanta“ (Löwen 1932, Museum Lessianum) vor. Die von europäischen und asiatischen Indologen seit langem hochgeschätzten Forschungen des Verfassers über die Vedantaphilosophie sind ursprünglich englisch in Kalkutta in der Monatschrift „Light of the East“ erschienen, und nun hat P. Michel Ledrus S.J., Professor für indische Philosophie an der Gregorianischen Universität in Rom, zunächst die Untersuchungen über die südindischen Vedantavertreter Sankara und Ramanuja ins Französische übersetzt und mit Anmerkungen versehen. Die Tragweite der Arbeit erhellt aus der Erklärung des Verfassers, man finde „in der katholischen Philosophie des hl. Thomas alle wichtigen Vedantalehren“, nur seien sie im Vedanta unausgeglichen und überspitzt nebeneinander gestellt; ihre Richtung weise aber auf dieselbe systematische Einheit, die Thomas erkannt und dem Christentum dienstbar gemacht habe (S. IX—XI).

Wie in den Anfängen des Thomismus scholastische Theologie an den europäischen Hochschulen gelehrt wurde, ist nirgendwo so genau beschrieben wie in den Satzungen der theologischen Fakultät von Bologna, die Kardinal Ehrle nach fast zwanzigjährigen Bemühungen nun am späten Abend seines gesegneten Forscherlebens unter dem Titel „I più antichi statuti della Facoltà Teologica dell'Università di Bologna“ (Bologna 1932, Istituto per la Storia dell'Università) mit einer geschichtlichen Einleitung von 216 Lexikonoktav-Seiten hat herausgeben können.

Das gesamte Gebiet der asketischen und mystischen Theologie wird ausführlich das „Dictionnaire de spiritualité“ darstellen, das bei Beauchesne in Paris in ungefähr zwanzig Lieferungen zu je 320 Quartspalten erscheinen wird. Die schon vorliegende erste Lieferung erweckt das Vertrauen, das die Herausgeber (M. Viller S.J., F. Cavallera und

J. de Guibert S. J.) ihre Zusage, alle katholischen Richtungen und alle Länder zu Worte kommen zu lassen und Theorie wie Geschichte des asketischen und mystischen Lebens auch außerhalb der katholischen Kirche sorgfältig zu berücksichtigen, vorbildlich erfüllen werden. Man wird wünschen dürfen, daß andere Fachlexika das hier gegebene Beispiel, wichtige Fragen, die innerhalb der Kirche umstritten sind, durch Vertreter beider Parteien behandeln zu lassen, als eine bisher wohl zu sehr vernachlässigte Forderung katholischer Weite anerkennen möchten. — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1932, S. 39 ff.

III.

Von wirtschaftlicher Seite wird für die schwere Krise im Buchgewerbe eine gewisse „Zügellosigkeit der geistigen Produktion“ mitverantwortlich gemacht (Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“, 25. September 1932, Nr. 719). „Nicht nur belletristische, sondern auch wissenschaftliche Verlage klagen über die Kurzlebigkeit ihrer Bücher“ und über den Druck „überflüssiger Duplizitäten und viel zu vieler Neuerscheinungen, die keinem wirklichen Bedürfnis entgegenkommen“.

Zur allgemeinen Wirtschaftslage stellt das im Dezember 1932 ausgegebene Vierteljahrsheft des Berliner Instituts für Konjunkturforschung fest, daß die internationalen Waren- und Wertpapiermärkte trotz mancher Rückschläge Belebung zeigen. Es handelt sich zwar nicht um Steigerung des Verbrauchs oder um neue Investierung von Kapital, aber man fülle die Lager auf, und die Produktion passe sich dem Bedarf an. In Deutschland zeige die Beschäftigung eine geringe Zunahme. — Trotzdem ist in Köln fast jeder dritte, in Berlin fast jeder vierte in öffentlicher Fürsorge, und freie Liebestätigkeit erweist sich besonders für den Winter überall als dringend notwendig. Wie arm Deutschland geworden ist, ergibt sich aus den im zweiten Novemberheft 1932 von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, wonach das jährliche Durchschnittseinkommen eines Erwachsenen sich unter Berücksichtigung der wechselnden Kaufkraft 1913 auf 1505 M. belief, im besten Nachkriegsjahr 1928 auf 1415 M. und 1931 auf 1180 M. — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1932, S. 28 ff.

Eine neuartige und äußerst lehrreiche Schau der gesamten heutigen Wirtschaft und ihrer geopolitischen Voraussetzungen bietet der als Ergänzung zum „Großen Herder“ erschienene „Welt- und Wirtschafts-atlas“ (Freiburg 1932, Herder & Co.). 106 Hauptkarten sind der physikalischen und politischen Geographie aller Länder und Meere gewidmet, ein Register von 143 Seiten verzeichnet jeden Ort in jeder gebräuchlichen Schreibweise, Dutzende von großen und kleinen Nebenkarten veranschaulichen Klima, Pflanzenwuchs, Bevölkerungsverhältnisse und alle Zweige der Wirtschaft. Außerdem aber enthält eine dem Band auswechselbar eingefügte statistische Beilage von 198 Seiten unter dem Titel „Die Welt in Maß und Zahl“ sorgfältig ausgewählte und geprüfte Angaben über Natur, Bevölkerung, wirtschaftliche, staatliche und kirchliche Verhältnisse jedes Landes.

Über den Nutzen des Internationalen Arbeitsamtes fällt der Volkswirtschaftler Francis G. Wilson von der Universität Washington nach einjährigem Studienaufenthalt in Genf ein sehr vorsichtiges Urteil. Seine im November 1932 erschienene Untersuchung (Nr. 284 der von der Carnegie-Stiftung herausgegebenen Schriftenreihe „International Conciliation“) schließt mit dem Ergebnis (S. 437—440), daß einstweilen schwer zu ermitteln sei, wieviel von den in der Welt seit 1919 erreichten sozialen Fortschritten auf Rechnung von Kräften kommt, die unabhängig vom Genfer Arbeitsamt gewirkt haben, daß diesem Amte aber ein beachtenswertes Verdienst an der Fassung sozialer Gesetze und an der Beschaffung der dazu nötigen Unterlagen nicht bestritten werden sollte. Den Erwartungen des Friedensvertrags habe es freilich nicht entsprechen können, denn es habe sich in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs und politischer Unruhen betätigen müssen, während seine Gründer auf „eine Welt mit wachsendem Wohlstand, beständiger Währung, festen Märkten und unerschöpflichen Gewinnmöglichkeiten — kurz, auf eine Welt, die es nicht mehr gibt“, gerechnet hätten.

Dieselben unvorhergesehenen Ereignisse wird man sich auch bei der Frage nach dem Gelingen des russischen Fünfjahrplanes vor Augen halten müssen. Als die Sowjetregierung die Frist zu seiner Vollendung auf die am 31. Dezember 1932 abgelaufenen vier Jahre verkürzte, sah sie weder die Mißernten von 1931 und 1932 noch die anhaltende Weltwirtschaftskrise voraus, die den Außenhandel einengte. Trotzdem sind nach einem Aufsätze der „Revue politique et parlementaire“, den die katholischen „Dossiers de l'Action Populaire“ (10. Oktober 1932, S. 1964 bis 1968) übernehmen, seit Beginn des Fünfjahrplanes der russische Anteil am Welthandel und die russische Einfuhr von Produktionsmitteln beträchtlich gestiegen, während die Einfuhr von Verbrauchswaren sehr zurückgegangen ist. Über den seit langem aufgestellten zweiten Fünfjahrplan, der nach Abschluß des ersten besonders die Lebenshaltung und die Verkehrsmittel heben soll, sagt der aus zuverlässigen Quellen schöpfende Aufsatz, wenn nicht ein vollständiger Mißerfolg eintrete, der „durchaus unwahrscheinlich“ sei, werde der neue Plan Rußland von der kapitalistischen Welt wohl nahezu unabhängig machen. — Unter schwersten Entbehrungen sind die für jedes einzelne der vier verflossenen Jahre entworfenen und nach Möglichkeit den wechselnden Verhältnissen Rechnung tragenden Pläne auf den Gebieten der Finanzierung und der Industrialisierung weit besser durchgeführt worden als auf denen der landwirtschaftlichen Kollektivisierung, des Verkehrswesens und der Versorgung des Volkes mit Nahrung, Kleidung und Wohnungen, aber sie sind, wenn man an den Erfolg die in Rußland von jeher üblichen, schon in der Rasse begründeten Maßstäbe anlegt, nicht gescheitert. Für die „breite Natur“ des Russen ist der ordnungsliebende Deutsche immer ein „Pedant“ gewesen, und angesichts unserer Wertung der Freiheit des Einzelmenschen ist festzuhalten, was der lange in der Sowjetunion beschäftigte deutsche Diplomingenieur Jaspert in der „Frankfurter Zeitung“ (9. Oktober 1932, Reichsausgabe) schreibt: „Der Russe lebt trotz der unabstreitbaren Tatsache eines beträchtlich gestei-

gerten Bildungsniveaus gegenüber der Vorkriegszeit noch immer, sogar wieder in dumpfem Gehorsam dahin. Ein Aufbäumen oder lebendige Opposition aus der Masse des Volkes gibt es nicht.“ — Der Chefredakteur des Finanz- und Handelsblattes der „Vossischen Zeitung“ (18. November 1932, Nr. 554) urteilt über die Industrialisierung auf Grund seiner „Informationsfahrt“: „Quantitativ ist die Ausführung des Planes über Erwarten gelungen. Ebenso sicher ist freilich auch die geringe Qualität der bisherigen Produktion.“

IV.

Fast 74 Jahre alt, konnte Karl Bachem im Sommer 1932 das neunbändige Werk abschließen, dessen Stoff er seit seiner Jugend gesammelt und dann ein halbes Jahrhundert lang im stärksten Brennpunkt des Geschehens erlebt hatte: „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei“ (Köln 1927—1932, Bachem). Die Zeit von 1815 bis zum Weltkriege ist ausführlich dargestellt, Krieg und Nachkriegsjahre bis 1930 sind auf rund 300 Seiten zusammengefaßt. Mit Hilfe zahlreicher sachkundiger Mitarbeiter ist ein mächtiger und in allen Teilen durch vorzügliche Register leicht benützbarer Bau entstanden, der für künftige Geschlechter ein begeistertes und doch nicht unkritisches Zeugnis des Ringens und Siegens der grundsätzlich immer gleichen und taktisch immer wandlungsfähigen politischen Vertretung der deutschen Katholiken bleibt, und der auch katholischen Zentrumsgegnern sehr vieles zu sagen hat, was sie, nach ihren Äußerungen zu schließen, wohl zu wenig bedenken. — Vgl. diese Zeitschrift, Dezember 1932, S. 145 ff.

Im allgemeinen scheint die Zentrums politik durch die katholischen Frauen treuer unterstützt zu werden als durch die katholischen Männer. Freilich liegen über die Wahlbeteiligung der Frauen, wie man aus einer Zusammenstellung von Heinrich Zurkühlen („Die Tat“, Oktober 1932, S. 544—547) sieht, amtliche Ergebnisse nur für vier Reichstagswahlen von 1924 bis 1930 und auch da nur für ungefähr 7 bis 21 Prozent der Gesamtzahl aller Wahlberechtigten vor. Wegen des bedeutenden Frauenüberschusses in der deutschen Bevölkerung dieser Jahre müßten bei gleicher Wahlbeteiligung beider Geschlechter auf 100 männliche rund 111 weibliche Stimmen kommen. Tatsächlich haben aber sowohl für das Zentrum wie für die Bayrische Volkspartei bei allen vier Wahlen gegenüber je 100 Männern mehr als 140 Frauen gestimmt, 1928 nahezu 160 und im September 1930 sogar 180. Bei dieser Wahl brachte übrigens der Christlich-soziale Volksdienst, der die protestantischen Interessen in den Vordergrund stellt, die weiblichen Stimmen auf 222 Prozent der männlichen. In den andern Parteien ist die Wahlbeteiligung der Frauen viel schwächer.

Die Macht der Religion über die Politik hat G h a n d i in so ergreifender Form verkörpert, wie Europa es seit dem Mittelalter kaum erlebt hat. Durch seinen Hungerstreik brach er in sechs Tagen den Widerstand der obern Hindukasten gegen die Verleihung politischer Rechte an die Parias. Weder die stolze, auf eine an Zahl und Einfluß weit überlegene Anhänger-

schaft gestützte Brahmanenpartei noch die englische Regierung durften es wagen, den allverehrten Heiligen sterben zu lassen — eher mußte man für ihn tun, was man seit Jahrhunderten jedem verweigert hatte.

In geradezu beleidigender Weise wurde die Religion in den Kampf um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika verwickelt. Die Republikaner, die 1928 die protestantische Abneigung gegen den Katholizismus des demokratischen Kandidaten Smith erfolgreich geschürt hatten, suchten nun nach mehrfach beglaubigten Nachrichten („America“, 13. August 1932, S. 439; „The Nation“, 14. September 1932, S. 230) die Abneigung der Katholiken gegen den Protestantismus des Demokraten Roosevelt dadurch wachzurufen, daß sie verbreiten ließen, Smith habe von der Kandidatur zurücktreten müssen, weil die Anhänger Roosevelts in großen Teilen des Landes eine antikatholische Hetze gegen ihn angezettelt hätten. Die baldige Entdeckung dieses Täuschungsversuches ist natürlich nicht der einzige Grund für die beispiellose Niederlage der Republikaner: sie behielten nur Pennsylvanien und fünf kleine Staaten. Im Kongreß wie im Senat ist eine Zweidrittelmehrheit gegen das bestehende Alkoholverbot zu erwarten. Ob aber sonst die Freiheit des Einzelmenschen und des Einzelstaates, deren Sicherung gegen die zentrale Bundesmacht ja das ursprüngliche Ziel der demokratischen Partei ist, unter Roosevelts Regierung besser geschützt sein wird als unter der seiner republikanischen Vorgänger, ist nach der Geschichte der letzten Jahrzehnte zu bezweifeln.

Wieviel die Freiheit, nicht zuletzt auch die Freiheit des Geisteslebens, von einer staatlichen Vereinheitlichung des Deutschen Reiches zu fürchten hat, weist mit überlegener Geschichtskennntnis der Karlsruher Professor Franz Schnabel im „Hochland“ (Oktober 1932, S. 1—12) nach. „Jeder Hinweis auf angeblich blühende preußische Provinzstädte ist auch hier unehrlich; München, Stuttgart und Karlsruhe, Dresden und Weimar sind nur durch die Staatlichkeit der Länder davor geschützt, rücksichtslos in die Ecke geschoben zu werden. Die unitarische Reichsreform bezweckt ja gerade auch die Herausbildung einer einheitlichen nationalen Kultur, deren Richtung und Farbe von der Zentrale angegeben wird.... Wer die Reklame am besten versteht und den wechselnden Machthabern im Reiche sich zu empfehlen weiß — heute ist es ein Vertreter der sogenannten voraussetzungslosen Wissenschaft, morgen wird es ein Rassentheoretiker sein, übermorgen ein Marxist —, wird den Erfolg haben, daß sein System den Schulen und Hochschulen als amtlich abgestempelte ‚Reichskultur‘ zu Grunde gelegt wird und nach ihm die Willen gerichtet werden. Der Meister, der sich im Ministerium und in den mächtigsten Fakultäten seines Faches eine Stellung zu schaffen weiß, wird seine Schüler auf die Katheder und in die Schulverwaltungen setzen, und nirgends wird eine freie Konkurrenz möglich sein. Die Größe und der Weltruhm der deutschen Wissenschaft im 19. Jahrhundert war darin begründet, daß sie an vielen Stätten beheimatet war, und wer in Berlin verfolgt oder totgeschwiegen wurde, ging nach München oder Heidelberg, wo die Regierungen schon Mittel und Wege fanden, ihm eine Wirkungsstätte zu be-

reiten.... Die Geschichte des deutschen Geistes kennt zahlreiche Beispiele dafür, wie die Freiheit nur möglich war durch die Vielheit der Kulturzentren.... Es mag sein, daß Frankreich auch im kulturellen Leben eine Zentralisation ertragen kann.... In Deutschland wäre die Zentralisation der Kulturpflege der Tod jeder Wissenschaft.... Wir sind der Meinung, daß zu allen Zeiten große Gedanken und Werte in Wirtschaft und Wissenschaft nur in der Stille gereift sind, daß sie aber in einem Einheitsstaat durch die Zentrale erstickt werden.... Die große Auseinandersetzung der Zukunft wird schon in wenigen Jahren mit dem Kommunismus zu führen sein, der froh sein wird, wenn ihm der Einheitsstaat den ganzen Apparat gezimmert hat.“ — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1931, S. 1 ff. u. 19 ff.; Dezember 1932, S. 167 ff. u. 174 ff.

V.

Daß die Gegenwart überhaupt von einer geistbeherrschten Politik noch sehr weit entfernt ist, beweist der beschämend langsame Fortschritt der Friedensbewegung. Der Widerstand der Rüstungsindustrie gegen die Abrüstungskonferenz ist da ein größeres Hindernis als die von Deutschland in zähem Ringen wenigstens grundsätzlich zur Anerkennung gebrachte Forderung gleichen Rechtes der abgerüsteten Staaten mit allen andern. Aus dem Vergleiche deutscher, englischer und italienischer Presse- nachrichten ergibt sich als sicher, daß der private Waffengroßhandel aller Fabrikationsländer zusammenarbeitet und mit seinen Nebenindustrien in wenigen Händen ein Riesenkapital vereinigt, dessen hohe Gewinne von der Fortsetzung der Rüstungen abhängen. Es ist klar, daß eine solche Finanzmacht abrüstungswillige Regierungen unter schweren Druck setzen kann. Im September 1921 hat ein vom Völkerbund ernannter Untersuchungsausschuß festgestellt, daß die Rüstungsindustrie grundlose Gerüchte von Kriegsgefahren in Umlauf setzt, Regierungsbeamte zu bestechen versucht, durch die von ihr beherrschten Zeitungen die öffentliche Meinung vom Friedensgedanken ablenkt und durch ihre internationalen Ringe die Preise für ihre Waren emportreibt. Schon 1919 hatten in Saint-Germain 23 Staaten beschlossen, Waffenhandel nur mit rechtmäßigen Regierungen zu dulden. Aber dieser Beschluß blieb unausgeführt, weil Amerika das Recht beanspruchte, Revolutionäre mit Kriegsbedarf zu versehen. 1925 erreichte der Völkerbund ein auch von den Vereinigten Staaten gebilligtes Übereinkommen, wonach jeder Staat vierteljährlich eine genaue Statistik seines Außenhandels mit Kriegsbedarf veröffentlichen sollte. Das Abkommen trat nicht in Kraft, weil viele beteiligte Länder es nicht ratifizierten. Am 20. Oktober 1932 meldeten die Londoner „Times“ aus Genf, der Ausschuß für Waffenhandel habe zwei Unterausschüsse zu weiterer Beratung der Sache eingesetzt und sich dann auf unbestimmte Zeit vertagt. Schließlich hat also die öffentliche Meinung zu entscheiden, ob die Völker auch weiterhin für die Rüstungsindustrie zahlen und bluten sollen, oder ob sie die Regierungen zu einer allgemeinen Abrüstung zwingen will, die vom Vorbereitungsausschuß der Abrüstungskonferenz bereits vor drei Jahren als technisch möglich erklärt worden ist, und die man wirtschaftlich schon

deswegen nicht als undurchführbar hinstellen darf, weil gerade die Arbeiterverbände aller Länder sie am lautesten gefordert haben.

Unaufhörlich gingen unterdessen europäische und amerikanische Lieferungen von Kriegsbedarf nach Japan und China. Der Earl of Lytton, der die zur Untersuchung des Streites dorthin gesandte Kommission des Völkerbundes geführt hat, schrieb nach seiner Rückkehr im Londoner „Spectator“ (29. Oktober 1932, S. 571) für beide Teile sehr entgegenkommend, die mit der Zeit findbare Lösung müsse so sein, daß die Gefahr künftiger Zusammenstöße geringer werde. Entschieden erklärte er aber zugleich: „An die wechselseitigen Verpflichtungen denken, über die sich die Völker vertragsgemäß geeinigt haben, und Achtung vor der mit so ungeheuren Kosten geschaffenen Organisation zur Sicherung des Friedens fordern, ist nicht unpraktischer Idealismus, sondern stärkster Realismus.“ Dafür habe die Welt mehr Menschen und Geld geopfert als Japan für die Mandschurei. — Im amtlichen Berichte der Völkerbundskommission wird bei voller Würdigung der japanischen Rechte und Schwierigkeiten doch festgestellt, die angebliche Gefährdung eines Eisenbahnzuges, die Japan zum Anlaß bewaffneten Einschreitens genommen hat, sei so unbedeutend gewesen, daß sie in keiner Weise als Rechtfertigung des militärischen Vorgehens gelten dürfe. Der Mandschukuo-Staat könne „nicht als das Ergebnis einer spontanen und aufrichtigen Unabhängigkeitsbewegung“ angesehen werden, sondern japanische Politiker und Offiziere hätten diese Bewegung „ersonnen, organisiert und verwirklicht“. — Leider machen die Genfer Verhandlungen den Eindruck, daß die Entscheidung für oder gegen Japan vielleicht weniger von dem tatsächlichen Befund als von den vorauszu- sehenden politischen und wirtschaftlichen Folgen der Antwort abhängen wird.

Rußland, das im November 1932 das fünfzehnjährige Bestehen der Sowjetunion glänzend feiern konnte, hat aus dem ostasiatischen Streit eine Stärkung seiner Schlüsselstellung zwischen China, Japan und Amerika gewonnen. „Wenn man bedenkt“, schreibt im „Heimatsdienst“ (1. November 1932, S. 327) Adolf Grabowsky, der Herausgeber der „Zeitschrift für Politik“, „daß Lenin bei Übernahme der Macht nicht darauf rechnete, lange im Sattel zu bleiben, und daß er zunächst auch noch ein Kartell mit den Linken Sozialrevolutionären für notwendig hielt, so wird man die fünfzehnjährige Dauer des Roten Regimes in der Tat als einen großen Erfolg buchen müssen.“ Grabowsky erklärt ihn daraus, daß Lenin wohl in der Lehre starr, in der Anwendung aber elastisch war, und daß auch sein früher Tod das System nicht erschüttern konnte, weil es auf dem unverrückt festgehaltenen sachlichen Ziele, nicht auf persönlicher Diktatur ruht, denn jeder Führer gilt hier „nur als Exponent der werktätigen Masse“. — Ohne Zweifel hat sich die Räteregierung durch Anpassung ihrer rohen Gewaltherrschaft an die russische Psychologie, durch Aufbau eines modern gerüsteten Millionenheeres und durch kluge Außenpolitik eine starke Stellung geschaffen. Mit Recht aber sagt der Moskauer Berichterstatte des „Berliner Tagblattes“ (11. November 1932, Nr. 536) am Schlusse seiner Erwägungen, für die Zukunft komme es darauf an, was

sich in „langer, unbestrittener diktatorischer Macht leichter lernt und tiefer durchsetzt: Selbstdisziplin und kollektive Einstellung, Verantwortungsbewußtsein und echte Menschenliebe, also alles, was notwendig wäre, um aus der Diktatur zum ‚wirklichen Sozialismus‘ überzuleiten, oder aber Überheblichkeit und Selbstherrschermoralität, Scheu vor Verantwortung und gefühllose Härte, also alles, was man doch beseitigen wollte, als man am 7. November 1917 die Diktatur des Proletariats aufrichtete.“

Ob man nach dem am 28. Oktober 1932 abgelaufenen ersten Jahrzehnt der Faschistenherrschaft in Italien sagen kann, sie werde ohne Mussolini ebenso sicher weiterbestehen, wie die Sowjetherrschaft den Tod Lenins überdauert hat, wird von guten Beobachtern („Frankfurter Zeitung“, 30. Oktober 1932, Reichsausgabe; „Berliner Tageblatt“, 27. Oktober 1932, Nr. 511) durchaus bezweifelt. Im Namen der italienischen Akademie forderte Marconi in englischer Rundfunkrede die gesamte Kulturwelt auf, sich von den Ausgrabungen altrömischer Denkmäler, den großartigen Neubauten, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten in ganz Italien zu überzeugen. In Turin gab Mussolini selber am 23. Oktober 1932 für ein weiteres Jahrzehnt die Losung: „Marschieren, aufbauen und nötigenfalls kämpfen und siegen!“ In Mailand sagte er zwei Tage später, das 20. Jahrhundert werde „das Jahrhundert des Faschismus sein, das Jahrhundert, in dem Italien zum dritten Male die Führung der menschlichen Zivilisation haben wird“, denn ohne die faschistischen Grundsätze gebe es „für den Einzelmenschen und erst recht für die Völker keine Rettung“. Und er fügte den etwas rätselhaften Satz hinzu, in zehn Jahren werde Europa irgendwie faschistisch sein („sarà facista o fascistizzata“). Kaum weniger zuversichtlich hat der Franziskaner Agostino Gemelli, Rektor der katholischen Universität in Mailand, gegen Schluß seines Buches „Idee e battaglie per la cultura cattolica“ (Mailand 1933, Vita e Pensiero) von den italienischen Katholiken geschrieben: „Sie werden unser Italien innerhalb eines Vierteljahrhunderts befähigen, noch einmal die Welt zu lehren, denn die Kulturmission Italiens ist eins mit religiöser Größe und verwirklicht sich dadurch, daß Italien die andern Völker den Katholizismus lehren kann und muß“ (S. 439). Der Londoner „Spectator“ (29. Oktober 1932, S. 569) erkennt an, daß der Faschismus die innern und äußern Schwierigkeiten Italiens verringert hat, aber die dazu angewandten Mittel nötigen ihn doch zu dem Urteil, Italien sei ein Land, „in dem es jeder aushalten kann, bloß nicht ein Demokrat“.

VI.

Über das wenig bekannte, zwischen Dänemark und Norwegen teilweise strittige Ostgrönland schreibt der von einer Forschungsreise zurückgekehrte Privatdozent Dr. Curt Teicher in der „Vossischen Zeitung“ (29. November 1932, Nr. 571), während Westgrönland den größten Teil des Jahres zu Schiff erreichbar sei, gestatte das Eis eine Fahrt an die Ostküste nur im August, und auch dann nur mit besonders ausgerüsteten Schiffen von höchstens vierhundert Tonnen. Deshalb habe die seit 1931 von Lauge Koch geführte „Dreijährige Dänische Grönlandexpedition“ mit

Recht immer betont, daß die ohnehin geringwertigen Vorkommen von Kohle und Metall niemals wirtschaftlich abgebaut werden können. Ob die von Dänemark geplante Wiederbesiedlung der Ostküste mit Eskimos bei den schwachen Lebensmöglichkeiten gelingen werde, sei zweifelhaft.

Während sich hier und anderswo Menschen für wissenschaftliche und wirtschaftliche Ziele in höchste Gefahr begeben, wird die zum Schutze des menschlichen Lebens unersetzliche Vivisektion von Tierschutzgesellschaften noch immer so heftig bekämpft, daß ihr der Anatom Duesberg als Rektor der Universität Lüttich seine Rede zur Eröffnung des akademischen Jahres gewidmet hat. Der in der Brüsseler „Revue catholique des idées et des faits“ (18. November 1932, S. 6—11) abgedruckte Vortrag schildert namentlich die ungeheuren Fortschritte, die in Verhütung und Heilung der durch Bakterien entstandenen Krankheiten erst durch die Vivisektion möglich geworden sind, und schließt: „Wer die Vivisektion abschafft, der beraubt unsere Studierenden eines wirksamen und oft unersetzlichen Mittels, sich die ihnen notwendigen Kenntnisse zu erwerben, der legt die Arbeit aller medizinischen und biologischen Laboratorien still, der verhindert jeden Fortschritt in unserer Kenntnis normaler oder krankhafter Lebenstätigkeit, der unterbindet alle Forschungen auf dem Gebiete der Bakteriologie und ihrer zahllosen klinischen Anwendungen wie auch auf dem Gebiete der experimentellen Chirurgie.“

Wie weit die Krankheitsbekämpfung in Rußland hinter der in Deutschland zurückbleibt, zeigte die in Berlin vom 28. November bis zum 2. Dezember 1932 veranstaltete „Woche der Sowjet-Medizin“. Der Berliner Professor Friedrich Kraus meinte in seinem Rückblick („Berliner Tageblatt“, 6. Dezember 1932, Nr. 577) allerdings, zur Tuberkulosebekämpfung könne man „wegen ihres Geistes, ihrer Energie und ihrer Zweckmäßigkeit die Russen beglückwünschen“. Aber an derselben Stelle schrieb der frühere Moskauer Professor Braunstein, in den wichtigsten Städten Rußlands gebe es freilich vorbildliche Anstalten für medizinische Forschung und Krankenheilung, alle übrigen Krankenhäuser und Institute jedoch könnten „ihren Aufgaben nur in sehr geringem Maße gerecht werden“. Es fehle an geschultem Personal, an Reinlichkeit und Nahrung. Fleckfieber, Pocken, Malaria, Unterleibstypus und ansteckende Kinderkrankheiten seien noch sehr verbreitet. — Dagegen hielt im Oktober Oberregierungsrat Goldmann vom Reichsministerium des Innern in der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege einen Vortrag, aus dem man erfuhr, daß in Deutschland die Zahl der Krankenhäuser in den letzten fünfzig Jahren mehr als doppelt, die Zahl der Betten darin mehr als fünfmal so groß geworden ist. In Deutschland kommen, wie sonst nur noch in Schweden, auf tausend Einwohner sechs Krankenhausbetten, und durchschnittlich geht jeder siebzehnte Deutsche jährlich einmal ins Krankenhaus. Die Krankenkassen zahlten 1930 fast dreihundert Millionen Mark. Seitdem ist freilich vieles schlimmer geworden.

Weil deshalb außerärztliche Heilmethoden wohl wieder häufiger versucht werden, mag besonders zeitgemäß sein, was der Münchener Professor Fritz Salzer in den „Süddeutschen Monatsheften“ (November

1932, S. 65 f.) einer Anzahl von Beiträgen über derartige Kuren vorausschickt: „Die Schulmedizin weiß bei einzelnen dieser Außenseitermethoden ganz genau, daß deren Angaben unrichtig und ihre Grundlagen vollkommen unsinnig sind. Nicht alle sind aber in dieser Hinsicht auf eine Stufe zu stellen, es steckt manches Problematische dazwischen, über das nicht ohne weiteres geurteilt werden kann. Einen orientierenden Überblick gibt die kleine Schrift des Landgerichtsdirektors Dr. Albert Hellwig, ‚Moderne Formen okkultur Heilmethoden‘ (Asklepios-Verlag 1930), sowie zahlreiche Aufsätze in der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums ‚Der Gesundheitslehrer‘.“

Umschau

Symbolismus der Ehe

In einer ebenso methodisch klaren wie exegetisch umsichtigen Studie hat unlängst Schumacher¹ die vielumkämpfte Problematik der paulinischen Ehelehre auf die Grundlage gestellt, von der aus wohl allein ihre gerechte Würdigung möglich ist: die Sarx-Pneuma-Spannung, die die gesamte Theologie des Völkerapostels durchzieht. Tatsächlich ergeben sich aus dieser Sicht Aufschlüsse, die den Ort der Ehe im Corpus paulinischen Denkens mit Sicherheit festzustellen erlauben. Wenn die Sarx, das „Fleisch“, als Träger der begierdebefangenen Irdischkeit, obwohl auch im Christen noch lebendig, dennoch nicht wesenhaft böse, sondern aus sich erlösungs- und heilungsfähig ist (46); wenn andererseits das Pneuma, der „Geist“, als neues göttliches Lebensprinzip auch die Sarx dieses neuen Lebens teilhaftig macht — bei allem Fortbestehen der zwischen ihnen gegebenen Spannung —, so ist klar, daß die Ehe für Paulus nicht etwas absolut Minderwertiges oder Verwerfliches sein kann, daß vielmehr auch für sie die Heiligungsmöglichkeit gegeben sein muß.

Nach diesen Ergebnissen der Voruntersuchung tritt nun mit vollem Recht die klassische Stelle Eph. 5, 22 ff. als Schlüssel zur paulinischen Eheauffassung in den Mittelpunkt der Betrachtung (gegen die radikale protestantische Kritik, die etwa in 1 Kor. 7 das letzte Wort des Apostels sehen möchte). Freilich erhebt sich dabei sofort die Frage, die auch bei

katholischen Exegeten verschieden beantwortet wurde, die Frage nämlich nach der genaueren Bedeutung des „großen Geheimnisses“, von dem der Apostel spricht. Liegt dieses Geheimnis in der Beziehung jeder Ehe überhaupt, auch der nicht-christlichen, zur „Ehe“ Christi und der Kirche — oder gilt das „Geheimnis“ nur von der christlichen Ehe? Für die erste Auffassung zitiert der Verfasser Umberg (s. diese Zeitschr. 95 [1918] 313—327), für die zweite, der er selbst sich anschließt, vor allem Scheeben. Da die Frage an letzte Gründe der Sakramentenlehre überhaupt und speziell des Ehesakraments rührt, sei hier kurz eine Klärung versucht².

Es ist ein bei allen Sakramenten feststellbarer Grundzug, daß sie auf einem Sach- oder Tatverhalt der rein natürlichen Ordnung aufbauen, der jedoch zugleich schon die Ansatzpunkte sinnbildlichen Übersichthinausweisens in sich trägt; so der Ähre-Brot-Symbolismus, der Wasser-Reinigungs-Symbolismus, wie er Eucharistie und Taufe rein natürlich zu Grunde liegt. Solche aus sich schon sinnbildschwere Gestalt des sichtbaren Kosmos wird nun — gewiß nicht ohne Absicht — vom Urheber des Gnadenkosmos ergriffen und durch positive Willenssetzung derart „erfüllt“, daß sie als sein Zeichen nun in seiner Lebenssphäre, der göttlichen, eben das wirke, was sie von fern sinnbildend in der natürlichen

¹ Das Eheideal des Apostels Paulus. Von Heinrich Schumacher. 80 (X u. 129 S.) München 1932, Max Hueber.

² Zum Folgenden vgl. den „Catechismus Romanus“, in deutscher Übertragung „Das Religionsbuch der Kirche“ von Gatterer-Koch, Innsbruck, Bd. II, Kap. 1 u. 8.